

- Friedensbemühungen von 1993 bis 2006
- Aufruf von Abdullah Öcalan zur beidseitiger Waffenstillstand
- Erklärung der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK)
- Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) bietet Vermittlerrolle an
- BürgermeisterInnen unterstützen Waffenstillstand
- Unterstützung von 64 Institutionen
- Pressereaktionen

Nach vielen Jahren des bewaffneten Konflikts bemühte sich die kurdische Befreiungsbewegung um dessen politische Lösung. Diese Bemühungen der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistan, wurden durch ihren ersten einseitigen Waffenstillstand 1993 unterstrichen. Dieser wurde jedoch von Kriegsgewinnlern innerhalb der PKK und des türkischen Staates sabotiert. Überzeugt von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage, erklärte der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, mehrfach weitere einseitige Waffenstillstände, so 1995, 1998 und 1999.

Chronologie der Waffenstillstände

1993 – der erste Waffenstillstand

Am 17. März 1993 erklärte Abdullah Öcalan, Generalsekretär der PKK, den ersten einseitigen Waffenstillstand. Am 17. April verlängerte er ihn auf unbestimmte Zeit. Die damaligen Forderungen waren unter anderem:

- a) Sofortiger Stopp der türkischen Militäroperationen
- b) Abschaffung des Amtes des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebiets
- c) Verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität.
- d) Schaffung von Bedingungen, die die Rückkehr von vertriebenen Kurden ermöglicht.
- e) Entschädigung für den Verlust von Eigentum

Auf einer Pressekonferenz am 8. Juni 1993 erklärte Abdullah Öcalan das Ende des Waffenstillstandes, den die PKK bis dahin einseitig aufrechterhalten hatte.

1995 – Der zweite Waffenstillstand

Am 14. September 1995 deklarierte Öcalan in einem Interview mit dem kurdischen Satellitensender MED-TV einen zweiten einseitigen Waffenstillstand, um die Friedensbereitschaft der Türkei zu testen.

Dieser Waffenstillstand war auch eine Antwort auf Bemühungen des Europäischen Parlaments, neue Wege für eine politische Lösung der kurdischen Frage zu finden. Ein anderer Faktor war der Wunsch, friedlichere Bedingungen für die bevorstehenden Parlamentswahlen in der Türkei zu schaffen.

Öcalan betonte, er bestehe nicht auf direkten Verhandlungen mit der Türkei. Auch andere kurdische Institutionen könnten vermitteln.

Der Waffenstillstand hielt sechs Monate und endete im Mai 1996.

1998 – Der dritte Waffenstillstand

Am 2. September 1998 erklärte Abdullah Öcalan in einem Telefoninterview mit dem kurdischen Sender MED-TV einen einseitigen Waffenstillstand im Kampf für Autonomie in der Türkei. Darin stellte er einen Zusammenhang mit dem 1. September, dem Weltfriedenstag her. „Terror und Gewalt sind nicht die beste Art von menschlichen Beziehungen. Solange wir nicht von türkischen Truppen angegriffen werden, werden wir keine bewaffneten Aktionen unternehmen,“ sagte er. Der Waffenstillstand werde bis zum April 1999 andauern. Kurdische Quellen erklärten, sie werden türkische Truppen nicht angreifen, behielten sich aber das Recht auf Selbstverteidigung vor.

13. November 1998

Mit dem Ziel, die kurdische Frage durch einen politischen Dialog mit Europa zu lösen verließ Abdullah Öcalan den mittleren Osten und flog im Oktober 1998 nach Europa. Am 13. November veröffentlichte er eine „Friedensdeklaration“. Sein Aufenthalt in Europa endete abrupt durch seine Entführung am 15. Februar 1999 und seine Inhaftierung auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali.

1999 – Rückzug aus dem Territorium der Türkei

Unmittelbar nach seiner Entführung verurteilte Öcalan die exzessive Gewalt, die sich über die gesamte Türkei ausbreitete und rief seine Anhänger auf, den Konflikt zu deeskalieren.

Während seinen Prozesses und in seinen Verteidigungsschriften, die er „Deklaration zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage“ überschrieb, rief er die PKK, den 1998 erklärten Waffenstillstand aufrecht zu erhalten.

Am 2. August rief Öcalan die kurdischen Guerillatruppen auf, sich aus dem Territorium der Türkei zurückzuziehen. Die Guerilla stimmte zu und der Rückzug begann am 25. August.

Die Friedensgruppen

Auf Vorschlag von Öcalan wurde am 1. Oktober 1999 die „erste Friedensgruppe“ als Zeichen des guten Willens und zur Betonung der friedlichen Ausrichtung der kurdischen Seite in die Türkei gesandt. Die Gruppe bestand aus vier Freiwilligen aus der Guerilla, die alle unmittelbar verhaftet wurden.

Trotzdem wurde am 29. Oktober 1999 eine zweite „Gruppe für Frieden und eine demokratische Lösung“ aus Europa in die Türkei gesandt. Diese Gruppe bestand aus verschiedenen Kadern der PKK. Die Mitglieder beider Gruppen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Am 10. Oktober erklärte die PKK auf Anregung Öcalans ihre Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei.

2000-2005

Während der folgenden Jahre drängte Öcalan die kurdischen Guerillakräfte, den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten. Die türkische Seite erkannte den Waffenstillstand jedoch niemals an und ließ alle Aufrufe zu politischen Gesprächen unbeantwortet.

Am 1. Juni 2004 erklärte die Guerilla den Waffenstillstand für hinfällig, da die türkische Armee permanent Angriffe durchführte. Dieser bisher längste einseitige Waffenstillstand dauerte somit 5 Jahre. Seit 2005 kommt es wieder verstärkt zu Kampfhandlungen.

Öcalan bekräftigte mehrfach, dass er die Guerilla erneut zu einem Waffenstillstand aufrufen könne, sofern die türkische Regierung ernsthafte Absichten demonstriert, einen politischen Prozess zur Lösung der kurdischen Frage einzuleiten. Minimalforderungen in einem solchen Prozess seien vollständige kulturelle Rechte für das kurdische Volk und die Möglichkeit politischer Betätigung. Ziel eines solchen Prozesses sei letztlich laut Öcalan das endgültigen Niederlegen der Waffen und die Auflösung der Guerillakräfte.

Öcalans ursprünglicher Aufruf zu einem beidseitigen Waffenstillstand vom 9. August 2006 endete für ihn mit einer 20-tägigen Bunkerstrafe.

Abdullah Öcalan, 27.09.2006

Seit 1993 habe ich immer wieder versucht, dem Bedarf nach einer friedlichen und gewaltlosen Lösung der kurdischen Frage entgegen zu kommen. Aus diesem Grund habe ich viermal einseitige Waffenstillstände ausgerufen, die Jedes mal ergebnislos geblieben sind. Seit zehn Jahren bin ich überzeugt, dass man mit Gewalt nur bis zu einem bestimmten Punkt kommen kann. Eine endgültige Lösung ist damit nicht zu erreichen. Allerhöchstens kann man damit einen Staat zum Einsturz bringen, doch das Dach bei einem solchen Einsturz würde sowohl uns als auch den Staat unter sich begraben. Deshalb bin ich von der Notwendigkeit von Waffenstillständen überzeugt. Es ist viel Blut geflossen. Auf beiden Seiten sind unzählige Menschen gestorben, aber ein Lösungsweg hat sich damit nicht aufgetan. Die Öffentlichkeit kennt unsere Bemühungen in den Phasen der Waffenstillstände. Ich muss diese nicht ausführlich erläutern. Doch all diese Bemühungen sind leider vereitelt worden. Die Gründe dafür lagen bedauerlicherweise sowohl bei uns als auch beim Staat.

Seit einer Weile äußern in der Türkei vernünftige Kreise, Anhänger der Demokratie und verschiedene Gruppen das dringende Bedürfnis nach Waffenstillstand und Frieden. Daher ist es nun nötig, das Blutvergießen endlich zu stoppen und dem Frieden eine weitere Chance zu geben. Eine demokratische Lösung in der Türkei durch demokratische Schritte, die jetzt unternommen werden müssen, wird auch als Beispiel für die anderen Länder dienen, in denen die kurdische Frage existiert. Die Türkei kann so somit zu einer Demokratie werden, die ein Modell für den gesamten Mittleren Osten darstellt. Dies ist zum Nutzen aller Völker im Mittleren Osten. Denn im Mittleren Osten finden heftige Kämpfe statt, große Gefahren drohen den Menschen. Diese Situation kann nur überwunden werden, wenn sich die Demokratie etabliert. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur in unserem Land bietet die Chance zur Entstehung einer demokratischen Einheit und Allianz zwischen Türken und Kurden und ist somit von überragender Bedeutung für die Zukunft unserer Völker.

Dieser Prozess wird auch den Weg für einen demokratischen Dialog frei machen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass in der Türkei und im Mittleren Osten Waffen nicht ewig als eine Methode gelten, um etwas zu erreichen. Lasst uns die Waffen begraben. Damit all dies erreicht werden kann, leiste ich meinen Beitrag und rufe die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Ich hoffe, dass die PKK diesem Aufruf folgt und dass er zu dem gewünschten Ergebnis führt.

Dieser beginnende Waffenstillstandsprozess ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es gibt viele wesentliche Dinge, die anschließend getan werden müssen. Vor allem ist muss dieser Prozess Dauerhaftigkeit gewinnen. Während dieses Prozesses kann es zu Provokationen kommen, ich glaube jedoch nicht, dass diese auf Seiten der PKK stattfinden. Falls doch, müssen sie überwunden werden, daraus darf man kein großes Problem machen. Beide Seiten sollten sich nicht provozieren lassen und den Prozess mit Aufrichtigkeit fortführen.

Es kann sein, dass die Armee aus Sicherheitsgründen und weil es sich um einen Staat handelt, gewisse Dinge tut. Dem kann man mit Verständnis begegnen, aber ich hoffe, dass die Armee keine großen Operationen durchführen wird. Für die andere Seite gilt, wie ich schon mehrfach betont habe, dass es sich bei der legitimen Selbstverteidigung um ein unveräußerliches Recht und eine Pflicht handelt. Die PKK wird definitive keine Waffen einsetzen, solange keine Vernichtungsaktionen gegen sie ausgeführt werden. Damit der Prozess voranschreitet, ist verantwortungsbewusstes Handeln notwendig. Dieser Waffenstillstand sollte nicht wie früher als eine Schwäche aufgefasst werden. Alle sollen wissen, dass er aus dem dringenden Bedürfnis nach gesellschaftlichem Frieden resultiert. In diesem Prozess müssen wir gemeinsam die demokratische Einheit von Kurden und Türken erreichen. Wenn der Prozess, der jetzt beginnt, gut genutzt wird, kann er zu einer „demokratischen Neugründung“ der Republik führen. Es kann die gleiche Begeisterung, Dynamik und Einheit wie bei ihrer ersten Gründung entstehen.

Der Ministerpräsident hat einen Satz gesagt, den ich bedeutend finde: „Wir können die Türkei zu einem besonderen Land machen, das dem ganzen Mittleren Osten als Vorbild dienen kann.“ Das ist genau, was ich auch will. Ich richte mich an die oberste Staatsspitze, wenn ich sage: Wir können die Türkei gemäß ihrer spezifischen Bedingungen zu einem Modellland für den Mittleren Osten machen. Kommt, lasst uns gemeinsam das Nötige tun. Denn Frieden im Mittleren Osten kann nur durch eine demokratische Einheit von Türken und Kurden erreicht werden. Die Grundlage dafür können nur wir selbst im Innern legen. Dafür muss man mit allen reden. Mit allen Gruppen in der Türkei muss man reden, mit der Presse, allen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, allen, die es angeht und die Interesse zeigen, damit sie etwas zu diesem Prozess beitragen. Von einer demokratischen Lösung, von Frieden und Dialog profitieren alle.

Ich handele in guter Absicht, und ich erwarte, dass auch der Staat in guter Absicht handelt. Wenn meine Überlegungen Beachtung finden, wenn wir den Frieden erreichen, wird die Türkei in jeder Hinsicht einen Sprung vorwärts machen. Sie wird von einer großen Last befreit, ihre Wirtschaft kommt ins Lot. Sie wird im Mittleren Osten an Ansehen gewinnen und zu einem politischen Vorbild werden. Auch die Länder der Europäischen Union und die Kräfte in Südkurdistan sollten ihren Beitrag leisten. Es sollten auch Gespräche mit dem Iran, dem Irak und Syrien geführt werden, um diese Staaten zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu ermutigen. EU und USA müssen Unterstützung leisten oder zumindest nicht behindernd wirken.

Ich hoffe, dass alle betreffenden Kreise diesen Aufruf verantwortungsbewusst und sorgfältig nutzen und diesen Prozess nicht wie die vorhergehenden ungenutzt verstreichen lassen. Denn er könnte unsere letzte Chance sein. Wenn dieser Prozess nicht richtig und aufrichtig genutzt wird, können die Entwicklungen an einem Punkt ankommen, an dem es kein Zurück gibt. Wenn es diesmal kein Ergebnis gibt, dann sehe ich mich außerstande, noch einen Aufruf zu machen, und auch die PKK würde dann nicht mehr auf mich hören. Daher ist dieser Waffenstillstand so wichtig und muss genutzt werden.

Damit im Mittleren Osten eine Kultur der Demokratie entstehen kann, damit ein türkischkurdisches Bündnis und eine Einheit entsteht, damit das gegenwärtige Leid in einen würdevollen Frieden und in Glück verwandelt wird, für ein freies Leben, damit unsere Völker nicht weiter leiden, damit wir ein Zehnfaches dessen gewinnen, was wir verloren haben und damit es zu gegenseitiger Liebe und Toleranz kommt, rufe ich alle zu verantwortlichem Handeln auf. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Prozess eine große Gelegenheit darstellt und wünsche, dass ein Waffenstillstand auf dieser Basis einen guten Anfang darstellen möge.

Liebe und Respekt

Präsidium des Exekutivrats, 30.09. 2006

Unsere Region, der Mittlere Osten, macht eine Phase wichtiger Veränderungen durch. Es zeigt sich täglich mehr, dass der wichtigste Faktor für ausweglose Konflikte in der Region nationalistisches und antidemokratisches Verhalten ist. Der einzig richtige Weg für die Lösung der Probleme der Region ist die Anwendung der Methoden des demokratischen Dialogs und der Aufbau eines modernen, demokratischen Systems auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts von nationalen und religiösen Verschiedenheiten.

Eines der grundlegendsten Probleme, die Situation in der Region verschärfen, ist bekanntlich die kurdische Frage. In der aktuellen Situation verstärkt die repressive Politik der Staaten, die von der kurdischen Frage betroffen sind, die antidemokratischen Tendenzen in der Region. Die Lösung der kurdischen Frage kann hingegen zu einem Katalysator für die Demokratisierung dieser Staaten werden. Deshalb wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage eine gewaltige Demokratisierungsoffensive auf regionaler Ebene einleiten.

Wir als Bewegung haben bis dato für die Lösung der kurdischen Frage bedeutende Anstrengungen unternommen und Opfer gebracht. Unsere Führung hat zu diesem Zweck viele Aufrufe getätigt und Projekte vorgelegt. Da unsere Bemühungen unerwidert blieben, gab es bisher keine endgültigen Ergebnisse, doch sie haben in bedeutendem Maße dazu beigetragen, dass die Frage auf die Agenda kam und verstanden wurde. Gegenüber den Angriffen des türkischen Staates regte sich insbesondere seit 2003 der Widerstand des kurdischen Volkes, und es kam zu einer Ausweitung des Konfliktes. Unser Freiheitskampf hat in den letzten beiden Jahren sowohl im Bereich der demokratischen Aktionen und der Organisierung als auch im Bereich der Guerilla einen bedeutenden Sprung vorwärts gemacht. Dies stellt mittlerweile ein ernsthaftes Problem für das System der Verleugnung und Vernichtung in der Türkei dar. Parallel zu diesem Aufbruch unseres Volkes im Norden bereitet der zunehmende Freiheitskampf in Ost- und Westkurdistan den Staaten Iran und Syrien ernsthafte Probleme. Die jüngsten Entwicklungen in allen vier Teilen Kurdistans haben die Kurden in der Region zu einem der wichtigsten Faktoren für die internationale Politik und die Kräfteverhältnisse in der Region gemacht.

Die Türkei und ihr Verhältnis zu den Kurden sind also zu einem wichtigen Thema für die Region geworden. Als Folge all dieser Entwicklungen steht die Lösung der kurdischen Frage mittlerweile auf der internationalen Tagesordnung. Verschiedene Kräfte haben in diesem Zusammenhang Erklärungen veröffentlicht und zu einer Lösung aufgerufen. Verschiedene internationale Kräfte und Institutionen haben zu einem Waffenstillstand oder zum Niederlegen der Waffen aufgerufen, allen voran die USA mit ihrer schriftlichen Erklärung zum 15. August, die Föderale Republik Irak und die Regionalregierung von Südkurdistan. In der Türkei haben allen voran einige Verantwortung tragende Institutionen sowie die DTP, die Friedensmütter, die patriotischen Religionsführer und verschiedene Gruppen von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Einige dieser Aufrufe wurden über die Presse verbreitet, andere über diplomatische Kanäle weitergeleitet.

Unter Bezug auf diese Entwicklungen hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) einige Erklärungen abgegeben, und unsere Bewegung hat am 23. August 2006 eine Deklaration veröffentlicht, mit der eine Phase der demokratischen Lösung eingeleitet wurde. Daraufhin haben sich die Aufrufe und Verhandlungen im Sinne einer Lösung verdichtet und sich die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Waffenstillstandsprozesses erhöht. Daraufhin hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) am 07.09.2006 einen Waffenstillstandsaufruf an unsere Bewegung gerichtet, der nicht veröffentlicht wurde.

In der Folge wurde zunächst die Herbstplanung der Volksverteidigungskräfte HPG gestoppt, die für den 15. September eine umfassende militärische Offensive vorgesehen hatte, und auf Antrag des Exekutivrats der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalên Kurdistan, KKK) wurde am 24. und 25. September 2006 die erste Versammlung des intermediären Parlaments des zweiten Gesetzgebungsjahrs des Volkskongresses (Kongra-Gel) einberufen, an der Vorstand des Kongra-Gel, die ständigen Ausschüsse, das Komitee für Volksverteidigung und der Kommandorat der Volksverteidigungskräfte (HPG) teilnahmen. Einziger Tagesordnungspunkt war der Aufruf unseres Vorsitzenden. In den Diskussionen wurde ein allgemeiner Konsens erzielt und der folgende Beschluss gefällt:

1-Es wurde beschlossen, einen Waffenstillstand auszurufen, der ab dem 1 Oktober 2006 Gültigkeit besitzt. Seine weitere Aufrechterhaltung hängt von den zu kommenden Schritten und den weiteren Entwicklungen ab.
2-Solange keine Angriffe zum Zwecke der Vernichtung gegen unsere Kräfte unternommen werden, wird definitiv nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wenn jedoch Vernichtungsangriffe unternommen werden, verteidigen sich unsere Kräfte in jeder Weise.

3-Während dieser Zeit werden die Volksverteidigungskräfte (HPG) keinerlei militärischen Bewegungen durchführen. Davon ausgenommen sind selbstverständliche Bewegungen zu logistischen Zwecken und aus Gründen der Vorsicht.

4-Entsprechend dieses Beschlusses wird der Kommandorat der HPG die Stellungen, Bewegungen und Planungen aller Kräfte im Sinne des Waffenstillstandes revidieren.

5-Ziel aller Kader, Organisationen und Institutionen der Freiheits- und Demokratiebewegung in in Kurdistan, die im ideologischen, politischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Bereich tätig sind, wird es sein, den Waffenstillstandsprozess zum Erfolg zu führen. Die Planungen ihrer politischen und organisatorischen Aktivitäten und Aktionen werden sie dementsprechend revidieren.

6-Dieser Beschluss ist bindend für alle Kräfte, die in das System der Kommunen Kurdistans (Komalên Kurdistan) eingebunden sind. Niemand wird Schwierigkeiten bereitet, alle Kräfte werden sich um den Erfolg des Prozesses bemühen.

Nach diesem Beschluss unserer Versammlung wurde am 28. September 2006 der Waffenstillstandsauftrag des Gründers der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalên Kurdistan), des Vorsitzenden A. Öcalan, unserer Bewegung und der Öffentlichkeit folgendermaßen deklariert: „Damit all dies erreicht werden kann, leiste ich meinen Beitrag und rufe die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Dieser beginnende Waffenstillstandsprozess ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es gibt viele wesentliche Dinge, die anschließend getan werden müssen.“

Somit gewinnt dieser Prozess auch in allen unseren nationalen Institutionen Gewissheit und wird offiziell. Dieser Beschluss unserer Führung und unserer Bewegung ist der gemeinsame Beschluss aller nationalen demokratischen Institutionen. Insofern ist er für alle demokratisch-nationalen Kräfte bindend. Daher müssen sich auch die bewaffneten Kräfte, die sich außerhalb unseres Systems bewegen, jedoch behaupten, dass sie im Namen der kurdischen Nation handeln und insbesondere unserem Vorsitzenden gegenüber loyal seien, dem Aufruf unseres Vorsitzenden gemäß verhalten.

Wer sich nicht an diesen Aufruf hält und dem Freiheitskampf unseres Volkes Schaden zufügt, muss wissen, dass sich unsere Bewegung ihm überall entgegenstellen wird. Unser Volk, das den Freiheitskampf mit großem Einsatz und großer Opferbereitschaft erfolgreich führt, ist ebenfalls aufgerufen, diesen Waffenstillstandsprozess entschlossen zu unterstützen und auf der Linie der demokratischen Lösung und der demokratischen Einheit das Seinige beizutragen. Es muss deutlich werden, dass in diesem Prozess die Forderung nach einer demokratischen Lösung unüberhörbar artikuliert wird und breiteste Unterstützung erfährt; die Bevölkerung sollte ihre diesbezügliche Entschlossenheit und ihren Wunsch nach Frieden so deutlich machen wie nur irgend möglich.

Wir werden das Unsrige tun, um das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei zu lösen und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben zu verwirklichen. Jedoch wird unser Volk sich einer Politik der Verleugnung und Vernichtung wie stets in der Geschichte so auch heute in keiner Weise beugen, sondern sich verteidigen, wenn es nötig ist. Unser Schritt des Waffenstillstands ist ein Schritt von historischer Bedeutung für das dauerhafte freiwillige Zusammenleben zweier Völker. Wir sagen: „Jetzt besteht eine Gelegenheit zum Frieden, lasst sie uns nutzen.“ Sonst bleibt das Feld den Kriegstreibern überlassen, die mit Nationalismus und Chauvinismus gefährlichen Hass zwischen den Völkern schüren wollen. Daher sollten alle demokratischen Institutionen und Kreise, Presseorgane, Intellektuelle, Künstler und alle, die für die Geschwisterlichkeit der Völker eintreten, unseren Schritt unterstützen, damit daraus eine dauerhafte Lösung entstehen kann. Sie alle sollten das Ihrige tun und nicht wie in der Vergangenheit untätig bleiben Die türkische Regierung und Armee müssen erkennen, dass die kurdische Frage nicht mit Gewaltmethoden aus der Welt schaffen können, wie sie es schon so oft versucht haben. Auf „Kapitulation oder Vernichtung“ zu beharren wird unseren Völkern Leid und unserer Region Instabilität bescheren; Dialog und eine demokratischen Lösung hingegen werden dazu führen, dass die Türkei aufstreben kann und attraktiv wird. Sie sollten unserer Waffenstillstandserklärung, die eine historische Gelegenheit darstellt, mit angemessenen Schritten begegnen.

Ein Erfolg des Waffenstillstandsprozesses wird der Bevölkerung in allen Teilen Kurdistans nützen. Es wird mit jedem Tag deutlicher, dass die kurdische Frage in keinem Teil Kurdistans im wirklichen Sinne gelöst werden kann und die Errungenschaften nicht dauerhaft sein können, solange die kurdische Frage in der Türkei nicht gelöst wird. Daher sollten alle Kräfte Kurdistans, vor allem die KDP und die PUK, den Prozess bewusst unterstützen und sich um seinen Erfolg bemühen.

Auch Staaten in der Region wie der Iran und Syrien können aus der Lage, in der sie sich befinden, nur befreien, wenn sie einen demokratischen Prozess einleiten und mit dem kurdischen Volk Frieden schließen. Wenn der Waffenstillstandsprozess, den wir einleiten wollen, Erfolg hat, wird dies auch die genannten Ländern und die gesamte Region positiv beeinflussen.

Ein friedlicher und stabiler Mittlerer Osten wird die beste Garantie für globalen Frieden und Stabilität sein. Wenn die internationalen Mächte, allen voran die USA, an die kurdische Frage nicht mit Gewaltmethoden, sondern orientiert an einer demokratischen Lösung herangehen, wird das auf regionaler und globaler Ebene positive Resultate zeitigen. Dass wir als Reaktion auf positive Signale in dieser Richtung einen Waffenstillstandsprozess einleiten, ist ein wichtiger Beitrag zum Demokratisierungsprozess und zur Stabilität. Obwohl die Möglichkeit besteht, durch Dialog und demokratische Methoden eine Lösung zu finden, beharrt der türkische Staat irrigerweise darauf, unsere Bewegung als terroristisch darzustellen, und darauf, Gewalt anzuwenden. Obwohl der türkische Staat diese Art der Politik seit Jahrzehnten fortsetzt und trotz Massakern, Vertreibung und Gewalt war er in keiner Weise damit erfolgreich, sondern ist noch tiefer in die Sackgasse geraten.

In diesem Sinne sollte die Aufgabe der im Rahmen der Dreiermechanismus ernannten „PKK-Koordinatoren“ nicht sein, unsere Bewegung als Terrororganisation darzustellen und Liquidierungspläne auszuhecken. Es liegt auf der Hand, dass die so oft angewandten Gewaltmethoden keine Lösung bringen werden. Das Beste wird sein, wenn dieser Mechanismus das Problem mit einem Projekt für eine demokratische Lösung angeht und eine an die Wurzel gehende Lösung vorlegen. Insbesondere eine konstruktive Haltung der USA und des Irak als eines Staates, der die kurdische Frage gut kennt, zu unserem Schritt eine Waffenstillstandes ist von großer Wichtigkeit.

Mit diesem Waffenstillstand hat unsere Bewegung das Ihrige getan. Wir rufen alle, die an der Entwicklung eines demokratischen Prozesses und an Stabilität interessiert sind, allen voran diejenigen, die einen Waffenstillstand gefordert haben, die betreffenden Staaten und Gruppen auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich um eine Lösung des Problems auf der Grundlage eines gerechten, demokratischen Projekts zu bemühen. Eine solche Lösung liegt im Interesse aller, einschließlich des kurdischen Volks.

Auf einer Pressekonferenz hat Aysel Tugluk als DTP- Vorsitzende die von ihrer Partei gefassten Beschlüsse zum Waffenstillstandsprozess öffentlich gemacht. Tugluk verwies auf die vorangegangenen einseitig von der PKK ausgerufenen vier Waffenstillstände, die zu keinen positiven Ergebnissen geführt hätten und erklärte, der jüngste Waffenstillstand berge andere Möglichkeiten in sich, da äußere Faktoren zu einer Lösung beitragen würden. Am wichtigsten seien jedoch die inneren Faktoren. Bevölkerung und Staat müssten begreifen, dass mit einer Gewalt- und Vernichtungsstrategie nichts zu erreichen sei.

„Wir sind davon überzeugt, dass eine Lösung über gewaltfreie Methoden gefunden werden kann. Wenn der Weg des Dialogs nicht mehr gesetzlich und psychologisch versperrt ist, wird deutlich werden, dass eine Lösung gar nicht so schwer ist.“ Der Waffenstillstand biete die Gelegenheit für einen solchen Dialog und habe eine positive Atmosphäre geschaffen.

Die Parteibeschlüsse listete Tugluk folgendermaßen auf:

- Durchführung von weiteren Friedenskonferenzen, Unterstützung der bisherigen Friedensarbeit
- Beobachtung des Waffenstillstands, Position beziehen gegen Aktivitäten, die dem Waffenstillstand schaden
- Bildung von Dialoggruppen sowie Intensivierung des Kontakts zu anderen politischen Parteien, politischen Persönlichkeiten und Vertretern der Zivilgesellschaft
- Gespräche mit kurdischen Parteien und Persönlichkeiten, die andere Gedanken haben, sowie Förderung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit
- Förderung eines demokratischen Bündnisses mit anderen Friedens- und Demokratiekräften der Türkei
- Intensivierung des Kontakts zu Medienvertretern
- Durchführung von Kultur- und Kunstveranstaltungen zum Friedensprozess
- Verstärkung des Beitrags von gewählten Kommunalpolitikern zum Friedensprozess
- Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, den Regierungs- und Oppositionsparteien und anderen politischen Kreisen, die zu einer Lösung beitragen können
- Gespräche mit kurdischen Politikern der Föderalen Region Kurdistan (Südkurdistan) sowie in den Strukturen der EU, des Europarats, der Sozialistischen Internationale und den Botschaften

Weiterhin werde an der Senkung der Wahlhürde und einer Demokratisierung des Wahlrechts gearbeitet und von einem neu gegründeten wissenschaftlichen Beratungsausschuss ein Bericht zu Möglichkeiten einer Lösung der kurdischen Frage verfasst werden.

Auf die anschließende Frage von Journalisten, worüber mit kurdischen Politikern im Nordirak gesprochen werden solle, erklärte Tugluk: „Wir möchten, dass sie ihre Bemühungen kontinuierlich fortsetzen und streben einen Meinungsaustausch mit ihnen an.“ Ein weiterer Journalist stellte die Frage, ob auch Gespräche mit der PKK stattfinden werden. „Damit dieser Prozess vorangetrieben wird, können wir auch mit der PKK sprechen, falls das notwendig ist.“

Dicle Nachrichtendienst (DIHA/ISKU), 12.10.2006

Die BürgermeisterInnen der DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) erklärten, dass sie die Entscheidung der PKK für den Waffenstillstand als sehr bedeutsam ansehen.

Der Bürgermeister von Kayapınarê, Zulkuf Karatekîn, erklärte, die Türkei müsse so schnell wie möglich antidemokratische Gesetze aufheben: "Die kurdische Frage muss auf demokratischem und friedlichem Wege gelöst werden. Wenn die Türkei einen gesellschaftlichen Fortschritt will und mit ihren Bürgern ein gutes Leben leben will, müssen die antidemokratischen Gesetze verschwinden." Karatekîn erklärte, die Chance des Waffenstillstandes müsse gut verstanden werden. Intellektuelle und zivilgesellschaftliche Einrichtungen sollten sich auch gegen Provokationen wappnen. Der Bürgermeister von Yenisehî, Firat Anlı, bewertete vorangegangene Waffenstillstände, die von den Verantwortlichen in der Türkei und auch international immer mit Härte beantwortet worden seien. Er forderte, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Grundlage der Politik genommen werden sollten und verantwortlich mit dieser Chance umgegangen werden müsse. Die Vorschläge Öcalans sollten gründlich untersucht werden. "Mein Wunsch ist, dass dies der letzte Waffenstillstand ist."

Der Bürgermeister von Wêransar (Viransehir), Emrullah Cîn, erklärte: Wir sind diesmal voller Hoffnung. Sollte es Frieden geben, wird die Türkei eine Kraft im Mittleren Osten. Bisher haben Tausende ihr Leben verloren, wir erleben große Schmerzen. Ich bin sehr glücklich über den Waffenstillstand."

Der Bürgermeister von Elih (Batman), Huseyîn Kalkan, erklärte, man müsse für diesen Waffenstillstand einstehen, die Gründe für die Auseinandersetzungen müssten beseitigt werden. Man müsse die Bedingungen für ein gemeinsames Leben schaffen. Die Regierung müsse auf den Waffenstillstand antworten.

Auch die demokratische Bewegung der freien Frauen gab eine Erklärung zum Waffenstillstand ab. Die Frauen gaben eine Presseerklärung zum Waffenstillstandsangebot der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KKK vor dem Gebäude des IHD in Istanbul ab.

Sevahîr Bayindir erklärte, der Waffenstillstand habe die Hoffnungen auf Frieden wiederbelebt. Sie erklärte, die bisherigen einseitigen Waffenstillstandsangebote der KurdInnen seien von Seiten des Staates, der zivilen Organisationen und internationalen Kräften nicht entsprechend beantwortet worden. Sie forderte die Einstellung der Militäroperationen und rief zur Unterstützung auf.

Die Zentrale des IHD unterstützte die Forderung nach einem Waffenstillstand. In einer schriftlichen Erklärung forderte sie den Staat auf, zu einem bleibenden Frieden beizutragen.

Kurdischer Sender ROJ-TV, 3./4.10. 2006, ISKU

AMED (04.10.2006) - 64 Institutionen aus Diyarbakir unterstützen den Waffenstillstand. Die Institutionen, unter denen sich NGOs, Berufsverbände und politische Parteien befinden, haben die Türkei dazu aufgerufen, die positiven Chancen, welche der Waffenstillstand mit sich bringt, gut wahrzunehmen.

Der vom Exekutivrat des KKK auf Forderung von Abdullah Öcalan am 1. Oktober verkündete Waffenstillstand findet breite Unterstützung aus Europa und der Türkei.

64 Institutionen haben im Kongress und Tagungssaal der Handels- und Industriekammer Diyarbakir (DTSO) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie den Waffenstillstand des KKK unterstützen. Die Erklärung wurde vom DTSO Vorsitzenden Kudbettin Arzu verlesen. Arzu bewertete den Waffenstillstand als große Chance für ein endgültiges Ende einer Atmosphäre von Gewalt und bewaffneter Auseinandersetzungen. Arzu, der ausdrückte, dass sie in der Türkei von nun an keine Gewalt mehr sehen wollen, erklärte weiter: "Wir bewerten den einseitigen und zeitlich unbegrenzten Waffenstillstand als eine positive Entwicklung. Dieser muss dem gesellschaftlichen Frieden dienen. Wir erleben noch immer die schweren Zerstörungen der Vergangenheit."

"DER STAAT MUSS VERTRAUEN SCHAFFEN"

Arzu machte darauf aufmerksam, dass es schwierig ist, Frieden zu sichern und rief alle Kreise dazu auf, sich von möglichen Provokationen nicht mitreißen zu lassen.

Arzu unterstrich außerdem, dass in der Türkei zusammen mit dem Waffenstillstand eine weiße Seite geöffnet werden muss und erklärte anschließend folgendes: "Zusammen mit dem Waffenstillstand, der am 1. Oktober 2006 begonnen hat, sollte in der Türkei eine weiße Seite geöffnet werden. Diese neue Phase ist von Bedeutung, damit wir unsere Probleme in einem demokratischen Umfeld diskutieren und uns gegenseitig verstehen können."

Arzu rief die Vertreter des türkischen Staats dazu auf, für die Lösung des Problems anhand demokratischer Methoden eine Haltung einnehmen, welches Vertrauen bei der Gesellschaft schafft. Weiterhin erklärte er: "Jegliche staatliche Institutionen sowie die Regierung müssen bei der Lösung des Problems ohne Zeit zu verlieren Entschlossenheit aufweisen und auf diese Weise Vertrauen schaffen. Indem auf das Tempo der Phase, in der wir uns befinden, gedrückt wird, kann die Lösung unserer Probleme vereinfacht werden. Denn wir haben Jahrhundertlang gemeinsam auf dieser Erde gelebt. Wir erleben unseren Schmerz und unser Glück gemeinsam. Um dieser Lynchkultur, die verbreitet werden soll, entgegenzuwirken müssen wir alle verantwortungsvoll handeln."

Unterzeichner:

Rechtsanwaltskammer Diyarbakir, Ärztekammer, Zahnärztekammer, Apothekerkammer, Tierärztekammer, Buchsachverständigerkammer, DESOB, DTSO, DTB, Demokratieplattform, GGC, GÜNSIAD, DISIAD, MÜSIAD, GÜNGIAD, OSGIAD, DONGÜNSIFIAD, DIKAD, OSIAD, KAMER, MAZLUMDER, HUDER, ÖZGÜRDER, TIHV, AK Partei, CHP, ANAP, DTP, DYP, SHP, SP, Belediye-İs, BES, BTS, ÇHD, ÇMO, DİSK, Eğitim Sen, ESM, Genel-İş, Göç Der, Haber Sen, Harb-İş, İHD, İMO, EMO, JFMO, JMO, MKO, MMO, Sağlık-İş, SES, Tarım Orkam Sen, Tek Gıda-İş, Tes-İş, TUHAD-Der, Tüm Belsen, Yapı Yol Sen, Yol-İş, ZMO

FIRAT NEWS AGENCY (ANF) 4.10.2006

USA: Waffenstillstand ist positiver Schritt

ANKARA (04.10.2006) - Eine Delegation der US-Botschaft in Ankara hat der Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) einen Besuch abgestattet. Die US-Delegation hat erklärt, dass es sich bei dem von der KKK ausgesprochenen Waffenstillstand um einen positiven Schritt handele.

Die Delegation unter Vorsitz von Jeffrey Collins, Vorsitzender der Politikabteilung der Botschaft, haben ein Gespräch mit dem DTP- Vorsitzenden Ahmet Türk, den Vizevorsitzenden Aysel Tugluk und Sirri Sadik sowie dem Parteiratsmitglied Nazmi Gür geführt.

Bei dem Gespräch haben beide Seiten ihre Vorstellungen über den seit dem 1. Oktober Gültigkeit besitzenden Waffenstillstand und den Weg zur Lösung der kurdischen Frage zu Wort gebracht. Der DTP- Vorsitzende Türk erklärte bei dem Gespräch, dass der Waffenstillstand für die Lösung der kurdischen Frage eine große Chance darstellen würde und fügte hinzu, dass die USA in dieser Sache eine positive Rolle einnehmen müssten.

Ahmet Türk hat der Delegation außerdem einen Bericht übergeben, welcher die Lösungsvorschläge der DTP zur Lösung der kurdischen Frage beinhaltet. Collins erklärte bei dem Gespräch, dass die USA den Waffenstillstand positiv aufgenommen hätte, die PKK jedoch für eine Entwicklung in Richtung dauerhafte Lösung des Problems ihre Waffen niederlegen müsste. ANF NEWS AGENCY

Der Europarat ruf zur Lösung auf

Der Europarat begrüßt den verkündeten Waffenstillstand der PKK und ruft die Konfliktparteien dazu auf, die demokratische Lösung der Kurdenfrage mit Dialog voranzutreiben.

Der Generalsekretär des Europarats Terry Davis und der Vorsitzende der Ministerkomitee des Europarats - Russischer Außenminister Sergay Lawrow sagten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei gelöst werden und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben ermöglichen soll. Dafür sollen die ernsthaften Schritte gemacht werden.

Anforderung der bleibenden Lösung der kurdischen Frage

Auf die frage, der Waffenstillstand der PKK und der Aufruf der USA am 15. August sagte Terry Davis: "Ich beurteile den Waffenstillstand der PKK als eine konstruktiv und erfreuliches Schritt. Für die endgültige Lösung der kurdischen Frage soll auch die Türkei ihre Bereitschaft zum Dialog zeigen."

Lawrow: "Lösung innerhalb der Grenzen"

Russische Außenminister Lawrow sagte: "Ich unterstütze die Meinung von Herrn Davis. Die Lösung der Kurdischefrage soll innerhalb der Grenzen der Türkei ermöglicht sein. Dabei muss die türkische Territorial respektiert werden. Und weiterhin sagte Lawrow, dass das kurdische Problem eine von den wichtigen und auch schwersten Problemen sei und auch gelöst werden müsste.

Die Interventionen der USA in Nahenosten und im Irak haben die Lage eskaliert und zur eine Ungewissheit geführt. Selbstverständlich werden die in der Türkei lebenden Kurden von den Entwicklung der Kurden im Nordirak beeinflusst . Wohin diese Entwicklungen uns führen, muss man abwarten."

FIRAT NEWS AGENCY (ANF), 06.10.2006

Kurdische Rebellen verkünden Waffenruhe

Arbeiterpartei PKK sieht "historische Chance" für friedliche Lösung / Erdogan zeigt Interesse

Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK hat ihre militärischen Aktionen in der Türkei eingestellt. Mit der Waffenruhe folgte sie einem Aufruf ihres inhaftierten Führers Abdullah Öcalan. Ministerpräsident Tayyip Erdogan signalisierte Bereitschaft, auf den Waffenstillstand einzugehen.

Die PKK werde die Waffen am 1. Oktober niederlegen, erklärte deren militärischer Führer, Murat Karayilan, am Wochenende in einem Lager in den Kandil-Bergen des Nordirak. Ihre Kämpfer würden sich allerdings weiterhin verteidigen, wenn sie von den Sicherheitskräften mit dem Ziel einer "Vernichtung" angegriffen werden, sagte Karayilan. Einen dauerhaften Frieden werde es nur geben, wenn die Türkei eine demokratische Lösung der Kurdenfrage anbiete.

Die Waffenruhe biete dafür "eine historische Chance", sagte Karayilan. Offen blieb, ob sich auch die Splittergruppe "Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK), die in den vergangenen Monaten in der Türkei zahlreiche Terroranschläge mit Toten und Verletzten verübte, an die Waffenruhe halten werden. Am Sonntag wurden in der südtürkischen Stadt Mersin drei Menschen verletzt, als vor einem Krankenhaus eine Bombe explodierte. Wer hinter dem Anschlag steckt, war unklar.

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan sagte, man müsse nun abwarten, wie ernst es der PKK damit sei, die Waffen niederzulegen. Wenn sich die Organisation an die Waffenruhe halte, werde es "ohne zwingenden Grund" keine militärischen Operationen gegen die Rebellen geben, zitierte die Nachrichtenagentur Anadolu den Premier. Das ist eine bedeutende neue Nuance. Bisher hatten die türkischen Regierungen und die Sicherheitskräfte Waffenstillstandsangebote der PKK stets ignoriert. Offen ist, wie die Armeeführung auf Erdogans Ankündigung reagieren wird.

Dass die PKK jetzt eine Waffenruhe erklärt, überrascht auf den ersten Blick. Denn zuletzt hatten die kurdischen Rebellen immer mehr "Erfolge" zu vermelden. Sie konnten bei einer wachsenden Zahl von Anschlägen den Sicherheitskräften empfindliche Verluste zufügen. Auch der Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung schien zu wachsen, wie Massendemonstrationen in der Kurdenregion im Frühjahr zeigten.

Dennoch war die PKK letzthin stark in die Defensive geraten - gerade wegen ihrer Terrorstrategie. Die erhöhte nicht nur den innenpolitischen Druck auf die türkische Regierung, gegen die kurdischen Extremisten vorzugehen. Auch die USA und die Regierung in Bagdad gerieten in Zugzwang. Denn die Führung der PKK sitzt in den Bergen des Nordirak. Von dort wurden offenbar auch die Terroranschläge in der Westtürkei gesteuert. Seit drei Jahren drängt die türkische Regierung die USA vergeblich, gegen die PKK-Stellungen im Nordirak vorzugehen.

Unter dem Eindruck der jüngsten Terrorwelle, aber auch, um ein einseitiges militärisches Eingreifen der Türkei mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität im Nordirak zu verhindern, konnten die USA nicht länger untätig zusehen. Auch die Regierung in Bagdad und die kurdische Verwaltung im Nordirak waren bereit, mitzuziehen. Sie drängte die PKK-Führung seit Wochen, die Kämpfe einzustellen.
Frankfurter Rundschau, 2.10.2006

Türkische Armee weist PKK-Waffenruhe zurück

Istanbul - Die von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verkündete einseitige Waffenruhe ist von der türkischen Armeeführung zurückgewiesen worden. Die Armee kündigte an, ihren Kampf gegen die PKK-Rebellen fortzusetzen. Der "Terrororganisation" bleibe nur ein Ausweg, sagte Generalstabschef Yasar Büyükanit am Montag in Istanbul, "die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen". Büyükanit widersprach damit Ministerpräsident Tayyip Erdogan, der am Wochenende erklärt hatte, wenn die PKK ihren Waffenstillstand einhalte, werde es "ohne zwingenden Grund" keine militärischen Operationen mehr gegen die Rebellen geben.

Mit deutlichen Worten warnte der Generalstabschef auch vor den Gefahren des islamischen Fundamentalismus. "Gibt es nicht in der Türkei Leute, die bei jeder Gelegenheit sagen, die säkulare (weltliche) Staatsordnung solle neu definiert werden? Und sitzen diese Leute nicht in höchsten staatlichen Ämtern?", fragte Büyükanit in Anspielung auf Parlamentspräsident Bülent Arinc. Dieser gehört als strenggläubiger Moslem zu der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), die im politischen Islam verwurzelt ist. Man müsse "Schritte unternehmen, um dem islamischen Extremismus entgegen zu treten", forderte Büyükanit.
DPA 04.10.2006

Öcalan ruft zu Waffenruhe auf

PKK-Führer appelliert an Rebellen / Reaktion Ankaras unklar

Der Führer der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, hat die Rebellen seiner Organisation zu einer Waffenruhe aufgerufen. Von der türkischen Regierung verlangte er, den Kurden mehr Rechte zuzugestehen.

Öcalan, der seit 1999 eine lebenslange Haftstrafe auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer absitzt, ließ den Appell durch seine Anwälte verbreiten. "Ich rufe die PKK auf, alle Kampfhandlungen einzustellen", hieß es in dem Fax. "Der Frieden muss erneut eine Chance bekommen, und das Blutvergießen muss aufhören - lasst uns die Waffen niederlegen", appellierte Öcalan in dem ihm zugeschriebenen Aufruf.

Öcalan forderte die Türkei auf, den Kurden mehr Rechte zu geben. Eine Reaktion der Regierung gab es zunächst nicht. Ankara hat frühere Waffenstillstandsangebote der als Terrororganisation eingestuften PKK stets ignoriert und Verhandlungen mit den kurdischen Rebellen abgelehnt.

Offen blieb zunächst auch, ob die PKK-Rebellen Öcalans Appell folgen werden. Sie erkennen "Apo", wie sie ihn nennen, zwar als Führer der Organisation an. Innerhalb der PKK gibt es jedoch rivalisierende Kommandeure. Unklar ist vor allem, welchen Einfluss Öcalan auf die gewaltbereiten Gruppen hat, die jüngst in der Westtürkei Terroranschläge verübten. Bereits nach Öcalans Festnahme im Februar 1999 hatte die PKK einen Waffenstillstand ausgerufen und die meisten ihrer Kämpfer in den Nordirak zurückgezogen. Zuvor waren im Kurdenkrieg, den die von Öcalan gegründete PKK 1984 begonnen hatte, mehr als 35 000 Menschen ums Leben gekommen. 2004 kündigte die Organisation die Feuerpause jedoch wieder auf.

Häufige Vorstöße aus dem Nordirak

Seit etwa einem Jahr stoßen PKK-Rebellen immer häufiger aus dem Nordirak in die Türkei vor, um dort Anschläge zu verüben. Auch zahlreiche Terrorakte in der Westtürkei, bei denen seit Jahresbeginn mehr als zwanzig Menschen getötet und über hundert verletzt wurden, gehen auf das Konto kurdischer Rebellen. Zu den meisten Anschlägen bekannten sich die "Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK), die als Splittergruppe der PKK gelten. Die Türkei verlangt von Washington und Bagdad bisher vergeblich ein entschlossenes Vorgehen gegen die Stützpunkte der PKK. Das Thema dürfte beim Besuch des von Premier Tayyip Erdogan am kommenden Montag im Weißen Haus eine große Rolle spielen. *FR* 29.09.2006

Der General spricht

Nm. Das türkische Militär sieht sich als Hüter der (kemalistischen) Verfassung des Landes, als Garant der laizistischen Republik und als Bollwerk gegen ihre Islamisierung. Insofern hat die Grundsatzrede eines neuen Generalstabschefs politisch-programmatische Bedeutung. General Büyükanit hat dabei nach zwei Seiten ausgeteilt. Zum einen hat er rundweg bestritten, was Regierungschef Erdogan vor kurzem gesagt hatte: Es gebe keine islamistische Gefahr in der Türkei. Außerdem hat er jegliche Form der Annäherung an die kurdische PKK abgelehnt - Kampf bis zum bitteren Ende heißt die Parole der Armee. Zum anderen hat er die EU davor gewarnt, Einmischungen der türkischen Militärs in die Politik des Landes zu kritisieren. Das soll, zusammengenommen, in Erinnerung rufen, wer letztlich Motor der Modernisierung und "Verwestlichung", also auch Europäisierung, der Türkei ist und bleiben will. Da geht es um Fragen, die über die derzeitigen Probleme in den Verhandlungen Ankaras mit Brüssel hinausreichen, weil sie ein anderes Demokratieverständnis offenbaren. Allerdings hätten die Europäer das alles schon vor ihrem Beschluß wissen können, Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.10.2006

Legendijk: Büyükanit nicht konstruktiv

Joost Legendijk, Vorsitzender im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, hat im Interview mit Roj TV die Haltung des türkischen Generalstabschef General Yasar Büyükanit in der kurdischen Frage als „nicht konstruktiv“ bezeichnet. „Er verhält sich, als habe sich nichts geändert“, erklärte Legendijk.

Im Gegenzug zum Waffenstillstand der PKK hat Büyükanit angekündigt, es werde gekämpft werden, „bis niemand mehr in den Bergen übrig geblieben ist“. Haben Sie als jemand, der den Waffenstillstand unterstützt, eine solche Haltung des türkischen Militärs erwartet?

Büyükanits Stellungnahme finde ich schade. Im Europaparlament besteht seit langem die Forderung, dass die PKK den bewaffneten Kampf aufgibt. Mit der jüngsten Entwicklung sind wohl alle zufrieden. Büyükanits Haltung zur kurdischen Frage ist nicht konstruktiv. Er verhält sich, als habe sich nichts geändert. Für ihn ist die Angelegenheit geblieben wie immer. Das Europaparlament erwartet von der türkischen Regierung eine positive Reaktion. Meiner Meinung ist es das schlechteste, wenn sich die türkischen Verantwortlichen verhalten, als habe sich nichts geändert.

Ein Waffenstillstand war die dringlichste Forderung an die kurdische Bewegung. Dieser ist jetzt realisiert worden. Welche Entwicklungen sind jetzt zu erwarten?

Es ist unrealistisch, sofort große Erwartungen zu haben. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten gucken, wie es läuft, ob es Tote auf beiden Seiten gibt, wer sich wie verhält usw. Und dann werden wir gucken, welche Haltung die Regierung der Türkei annimmt und wir werden sie dazu aufrufen, entsprechend zu reagieren.

Nutzt diese neue Situation, um einen Dialog zu beginnen. Das kann der Türkei auf oder hinter den Bildschirmen vorgeschlagen werden. Vielleicht kann die türkische Regierung einen Plan vorlegen, von dem eine Weile gesprochen wurde. Vielleicht kann direkt mit der DTP gesprochen werden. Das sind alles Möglichkeiten, die sich nicht innerhalb von ein, zwei Tagen verwirklichen lassen. Es wäre zu wünschen, dass die türkische Regierung mit einem Projekt kommt.

Der Parlamentarier Vittorio Agnoletto hat für den EU-Bericht vorgeschlagen, dass direkte Gespräche mit kurdischen Vertretern stattfinden sollten. Dabei fiel der Name DTP. Unterstützen Sie das?

Ja, dafür habe ich gestimmt. Dieser Vorschlag ist parallel zu dem, was ich in den letzten Monaten gesagt habe. Während meiner Türkeireise habe ich die DTP besucht. Mit meiner physischen Anwesenheit wollte ich meine Unterstützung ausdrücken. In jener Phase lagen jedoch einige Argumente vor, die gegen Gespräche mit der DTP sprachen. Gegenseitige Angriffe und die täglichen Todesfälle.

Jetzt ist dieses Argument weggefallen. Es gibt keinen einzigen Grund mehr, sich nicht mit kurdischen Politikern zusammen zu setzen, die gegen Gewalt und auf der Suche nach einer demokratischen Lösung sind. Jetzt müssen Gespräche begonnen werden.

Gibt es Bemühungen Ihrerseits, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen streichen zu lassen?

Dabei handelt es sich letztendlich um die Entscheidung der Mitgliedsländer. Sie müssen entscheiden, aber ich denke, wir sollten erstmal die Situation beobachten und schauen, was in den nächsten Monaten geschieht. Ich vermute nicht, dass es sofort in den nächsten Wochen zu einer Entwicklung kommt. Aber wenn die PKK zum Thema Waffenstillstand entschlossen bleibt, kann langfristig eine solche Forderung aktuell werden.

Yeni Özgür Politika (ÖP/ISKU), 12.10.2006

Trotz des Waffenstillstandes werden Militäroperationen durchgeführt

1. Eine türkische Militäroperation dauert seit gestern in der Region Şehit Remzi noch an. Weiterhin wurden am 8. Oktober neue Operationen in der Gegend um Hacan, Keşan und Sêsmala sowie Erster Mai Hügel seit morgen früh fortgesetzt. Die türkische Armee setzte das Gelände in Brandt und zog sich am 9. Oktober ohne Erfolg zurück.

Am 7. Oktober am Morgen um 05.00 Uhr startete die türkische Armee in Beytüşşebap in der Gegend um Kato Jirka eine neue Operation. Die Operation wurde um die Regionen Gire Azmana, Deriya Boge Meydan Koli und Geliye Masiro ausgeweitet. Zwischen unserer Guerilla und den Soldaten kam es bei Meydan Koli zu einem Zusammenstoß. Bei dem Gefecht gab es Verluste der türkischen Einheiten, genaue Informationen konnte jedoch nicht erhalten werden.

Volkverteidigungskräfte Pressezentrum (HPG), 10.10.2006

